Geschäftsordnung Stadtteilbeirat Gröpelingen

11. Legislaturperiode 2011 - 2015

§1

Beiratssitzung/Einladung

- (1) Zur Beiratssitzung lädt die Leitung des Ortsamts in Absprache mit dem/der BeiratssprecherIn und ihrer/seiner Stellvertretung ein.
- (2) Die Einladung ergeht an die Mitglieder des Beirats in der Regel schriftlich eine Woche vor dem Sitzungstage, in dringenden Fällen spätestens zwei Tage vorher.
- (3) Auf Antrag von einem Viertel der Beiratsmitglieder (derzeit 4 Mitglieder) muss eine Beiratssitzung innerhalb von zwei Wochen stattfinden.
- (4) Die Einladung ist der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis zu geben. In geeigneter Weise ist auch die Unterrichtung der Öffentlichkeit sicherzustellen.

§2

Tagesordnung

- (1) Die Tagesordnung ist den Mitgliedern des Beirats mit der Einladung zur Sitzung bekanntzugeben. Bereits vorliegende Anträge sind der Einladung beizufügen.
- (2) Jeder Verhandlungsgegenstand muss besonders gekennzeichnet sein. Ein Tagesordnungspunkt soll jedes Mal lauten: "Wünsche und Anregungen der Bürger".
- (3) Bürgeranträge können mündlich oder schriftlich in der öffentlichen Beiratssitzung gestellt werden. Sie können auch vorab beim Ortsamt vorgelegt werden. Der Beirat prüft den Bezug zum Stadtteil und beschließt binnen sechs Wochen über den Antrag. Der Beschluss wird dem/r AntragstellerIn schriftlich mitgeteilt.
- (4) Die Tagesordnung ist vom Beirat zu Beginn der Sitzung zu beschließen.
- (5) Der Beirat hat das Recht, für die Beratung von Tagesordnungspunkten eine zeitliche Begrenzung zu beschließen.

§3

Leitung und Durchführung der Sitzung

- (1) Den Vorsitz in der Sitzung hat der/die OrtsamtsleiterIn bzw. im Verhinderungsfall die Stellvertretung. Er/Sie eröffnet, leitet und schließt die Sitzung.
- (2) Sind OrtsamtsleiterIn und Stellvertretung verhindert, leitet auf Beschluss des Beirats der/die BeiratssprecherIn die Sitzung. Für diesen Fall kann der/die BeiratssprecherIn ihr/sein Stimmrecht ausüben.
- (3) Der/die Vorsitzende sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Sitzungssaal, für den Fortgang der Sitzung und dafür, dass niemand in seinem Vortrag unterbrochen wird. Hierfür stehen als Ordnungsmittel die Erinnerung, die Rüge, die Verweisung zur Ordnung und zur

Sache sowie die Entziehung des Wortes zu.

- (4) Der/die Vorsitzende hat das Recht, im Bedarfsfall die Sitzung jederzeit zu unterbrechen.
- (5) Bei Unklarheiten in der Handhabung der Geschäftsordnung wird die Sitzung unterbrochen. In diesem Falle tritt der Geschäftsordnungsausschuss zusammen, der sich aus je einem/r VertreterIn aller Parteien, die mindestens über ein Mandat in den übrigen Ausschüssen verfügen, sowie dem/der OrtsamtsleiterIn zusammensetzt.

§4

Abstimmung/Beschlussfassung

- (1) Der Beirat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind.
- (2) Die Beschlussfähigkeit ist zu Beginn festzustellen (siehe auch § 13 Abs. 2 Ortsgesetz).
- (3) Der Beirat beschließt auf Antrag eines Beiratsmitgliedes. Die Leitung der Sitzung nimmt die Anträge entgegen und leitet die Abstimmung.
- (4) Zu einem Beschluss ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich, wobei Stimmenthaltung nicht mitgezählt wird.
- (5) Wer bei Beginn der Abstimmung nicht zugegen war, kann an ihr nicht mehr teilnehmen.
- (6) Abstimmungen erfolgen in der Regel offen. Auf Verlangen ist die Gegenprobe zu machen.
- (7) Bei Abstimmungen ist die Frage so zu stellen, dass mit Ja oder Nein abgestimmt werden kann.
- (8) Einem Antrag auf geheime Abstimmung ist stets stattzugeben.
- (9) Liegen zur Abstimmung mehrere Anträge vor, so ist in folgender Reihenfolge abzustimmen:
 1. Anträge auf Aussetzung des Beschlusses
 - a) für unbestimmte Zeit
 - b) für bestimmte Zeit
 2. Anträge, die, ohne die Sache selbst zu berühren, lediglich Vorfragen betreffen (insbesondere Verweisung an einen Ausschuss, Einholung einer Auskunft und dergleichen)
 3. Anträge auf Entscheidung in der Sache selbst.

Bei Zeitbestimmungen ist über die längere Zeit zuerst zu entscheiden. Mit der Annahme des Antrages entfallen gegebenenfalls die folgenden.

§5

Worterteilung

- (1) Wortmeldungen nimmt der/die SitzungsleiterIn entgegen und führt dazu eine Rednerliste, die von den Beiratsmitgliedern jederzeit eingesehen werden kann.
- (2) Das Wort wird in der Reihenfolge der Redeliste erteilt.
- (3) Wer erklärt, über den Verhandlungsgegenstand tatsächlich Aufklärung geben zu können, erhält außer der Reihe das Wort.

- (4) Zur Abgabe einer persönlichen Erklärung ist das Wort außer der Reihe zu erteilen. Das Wort zur Abwehr persönlicher Angriffe kann auch noch nach Schluss der Aussprache und vor der Abstimmung erteilt werden.
- (5) Der Beirat kann eine Beschränkung der Redezeit beschließen.
- (6) Nichtbeiratsmitgliedern kann durch Beschluss des Beirats das Wort zu Sachbeiträgen erteilt werden.

§6 Anträge

- (1) Der Beirat beschließt auf Antrag eines Beiratsmitgliedes. Der/die OrtsamtsleiterIn nimmt die Anträge entgegen und leitet die Abstimmung.
- (2) Anträge zur Geschäftsordnung und auf Vertagung oder Schluss der Aussprache sind jederzeit zur Verhandlung zu stellen. Zu diesen Anträgen erhalten in der Regel nur ein Redner dafür und ein Redner dagegen das Wort. Die Abstimmung über einen Antrag auf Vertagung der Aussprache geht dem Schluss der Debatte voraus.
- (3) Zusatzanträge, die eine Änderung des in der Verhandlung befindlichen Vorschlages bezwecken oder überhaupt mit dem Gegenstand der Beratung in wesentlicher Verbindung stehen, können jederzeit bis zum Schluss der Behandlung mündlich oder schriftlich gestellt werden. Ist ein solcher Antrag nicht schriftlich eingereicht, so wird er mit den Worten des/der AntragstellerIn vom/von der ProtokollführerIn verzeichnet.
- (4) Änderungsanträge sind vor dem Hauptantrag zur Abstimmung zu stellen. Liegen mehrere Änderungsanträge vor, so ist zuerst über den weitergehenden abzustimmen.
- (5) Bürgeranträge können mündlich oder schriftlich in der öffentlichen Beiratssitzung gestellt werden. Sie können auch vorab schriftlich dem Ortsamt vorgelegt werden. Der Beirat ist vom Ortsamt über die eingegangenen Anträge zu informieren. Für die Beiräte besteht bei der Beratung von Bürgeranträgen eine Zuständigkeit immer dann, wenn es um öffentliche Angelegenheiten des Stadtteils geht. Bürgeranträge sind spätestens binnen sechs Wochen vom Beirat zu beraten und einem Beschluss zuzuführen. Der Beschluss wird dem/der AntragstellerIn schriftlich mitgeteilt (gem. §9 Ortsgesetz).

§7 Wahlverfahren

- (1) Gewählt wird, wenn kein Mitglied des Beirats widerspricht, durch Zuruf oder Zeichen, sonst durch Stimmzettel.
- (2) Die Wahl des/der SprecherIn und seiner/ihrer Stellvertretung erfolgen in getrennten Wahlgängen.
- (3) Ungültig sind Stimmzettel, die den Willen der/des Abstimmenden nicht zweifelsfrei erkennen lassen.
- (4) Gewählt ist, wer von den abgegebenen Stimmen die meisten erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das von dem/der OrtsamtsleiterIn zu ziehende Los.

§8 Anhörung vor der Berufung eines/einer OrtsamtsleiterIn

- (1) In der ersten Abstimmung ist derjenige/diejenige vorgeschlagen, für den/die die Mehrheit der Mitglieder des Beirats gestimmt hat (§ 36 Abs. 3 Satz 2 Beiratsgesetz). Falls in der ersten Abstimmung kein/e KandidatIn die erforderliche Mehrheit erhält, ist dieser Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen.
- (2) Wird in der folgenden Beiratssitzung ein/e neue/r KandidatIn vorgeschlagen, so ist die erste Abstimmung nach § 36 Abs. 3 Satz 2 Beiratsgesetz zu wiederholen.
- (3) Bei der zweiten Abstimmung ist derjenige/diejenige vorgeschlagen, für den/die die Mehrheit der anwesenden Beiratsmitglieder gestimmt hat. Auch nach der zweiten Abstimmung kann ein/e neue/r KandidatIn vorgeschlagen werden. Eine Wiederholung der ersten und zweiten Abstimmung findet in diesen Fällen nicht mehr statt, es kommt sofort zur dritten Abstimmung. Nach der dritten Abstimmung ist derjenige/diejenige vorgeschlagen, für den/die die meisten Stimmen abgegeben worden sind.
- (4) Bei Stimmgleichheit nach der dritten Abstimmung teilt das Ortsamt dieses Ergebnis der Senatskanzlei mit.

§9

Sitzungsniederschrift/Beschlussprotokoll

- (1) Über jede Sitzung ist ein Protokoll anzufertigen.
- (2) Die Protokollführung wird vom Ortsamt wahrgenommen.
- (3) Das Protokoll hat Zeit und Ort der Sitzung, Anwesende, Tagesordnung sowie alle Anträge und Beschlüsse zu enthalten.
- (4) Über Ausschusssitzungen, Ortsbesichtigungen und ähnliche Beiratsveranstaltungen ist ein Beschlussprotokoll zu führen. Die Protokolle über die übrigen Sitzungen berichten über den Hergang der Sitzung im Wesentlichen, über Beschlüsse jedoch wörtlich. Die Anregungen aus der Bevölkerung sind festzuhalten. Der Begriff "im Wesentlichen" ist eng auszulegen.
- (5) Das Protokoll weist auf die vor und während der Sitzung verteilten Unterlagen hin, die gegebenenfalls den in der Sitzung nicht anwesenden Mitgliedern nachträglich zuzustellen sind.
- (6) Jedes Beiratsmitglied kann während der Sitzung jederzeit verlangen, dass bestimmte Ausdrücke, Redewendungen oder Feststellungen im Wortlaut festgehalten werden.
- (7) Das Protokoll ist von dem/der SprecherIn und von der Ortsamtsleitung sowie von dem/der ProtokollführerIn zu unterzeichnen. Es sollte bis zur nächsten Sitzung allen Beiratsmitgliedern vorliegen.
- (8) Das Protokoll ist vom Beirat zu genehmigen. Einwendungen werden durch Beschluss des Beirats, gegebenenfalls durch Berichtigung, erledigt.

§10

Nichtöffentliche Sitzung

- (1) Zu einer nichtöffentlichen Sitzung des Beirats ist einzuladen, wenn für vertraulich erklärte Vorgänge aus Behörden oder Deputationen zur Beratung anstehen oder ein anderer Verhandlungsgegenstand die vertrauliche Beratung erfordert. Die Vertraulichkeit muss

begründet werden. Vertraulich sind nur solche Gegenstände, die kraft Gesetzes (z.B. Datenschutz) oder aus zwingenden Gründen vertraulich sind oder als vertraulich erklärt werden bzw. erklärt worden sind.

- (2) Erfordert eine Angelegenheit die vertrauliche Beratung, so unterliegen die Mitglieder des Beirats in besonderem Maße der Verschwiegenheitspflicht nach § 19 Beiratsgesetz. Ist eine Beratung vertraulich, so erstreckt sich diese nicht nur auf den Beratungsgegenstand, sondern auch auf die Beschlussfassung, einschließlich des Abstimmungsverhaltens einzelner Mitglieder. Wird die Vertraulichkeit später aufgehoben, so ist der Beirat darüber zu informieren. Der Hinweis ist in das Protokoll aufzunehmen. Auf diese Weise beratene Themen können anschließend Gegenstand einer öffentlichen Sitzung werden, während dessen ein Beiratsbeschluss erfolgen kann.
- (3) Wird in einer öffentlichen Sitzung der Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit nach § 14 Abs. 2 Beiratsgesetz gestellt, so ist der Verhandlungsgegenstand zunächst von der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung abzusetzen und eine nichtöffentliche Sitzung anzuberaumen, wobei die Ladungsfristen nach § 1 dieser Geschäftsordnung nicht eingehalten werden müssen. Wird dem Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit in der nichtöffentlichen Sitzung nicht stattgegeben, so erfolgt die weitere Beratung des Verhandlungsgegenstandes in öffentlicher Sitzung.
- (4) Die übrigen Vorschriften gelten für die nichtöffentliche Sitzung entsprechend.

§11 Ausschussarbeit

- (1) Sofern Ortsamtsleitung bzw. der/die für den Stadtteil Gröpelingen zuständige SachbearbeiterIn an der Leitung von Ausschusssitzungen gehindert sein sollten, leitet auf Beschluss des Ausschusses der/die AusschusssprecherIn die Ausschusssitzungen. Die Vorschriften dieser Richtlinien zur Geschäftsordnung gelten ansonsten für die Ausschüsse entsprechend.
- (2) Beiratsmitglieder können als Gäste an den Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen.
- (3) Die nach § 23 Abs. 3 Beiratsgesetz nicht dem Beirat angehörenden Ausschussmitglieder (sachkundige BürgerInnen) können sich gegenseitig in der Ausschussarbeit vertreten. Unter der Voraussetzung, dass in den Ausschüssen die Zahl der sachkundigen BürgerInnen die Zahl der Mitglieder des Beirats nicht übersteigt, können sachkundige BürgerInnen Beiratsmitglieder vertreten.
- (4) Die gem. § 23 Abs. 4 Beiratsgesetz in die Ausschüsse entsandten Mitglieder können sich untereinander vertreten.
- (5) Die nach § 20 Abs. 3 Beiratsgesetz in die Ausschüsse gewählten Mitglieder und die nach § 23 Abs. 4 Beiratsgesetz in die Ausschüsse entsandten Mitglieder sind zu Beginn der ersten Sitzung gem. § 21 Beiratsgesetz zu verpflichten. Die Voraussetzungen für die Wählbarkeit gem. § 4 Beiratsgesetz sind vom Ortsamt zu prüfen.
- (6) Die Beschlussfähigkeit ist zu Beginn festzustellen. Einstimmige Beschlüsse in den Ausschüssen gelten als Beiratsbeschluss.
- (7) Der Beirat verpflichtet sich, in den Fachausschüssen themenbezogen Jugendliche des Stadtteils zu beteiligen. Diese beraten in den Ausschüssen den Beirat in allen die Jugendlichen betreffenden Angelegenheiten. Über die grundsätzliche Form der Beteiligung ist in der

Koordinierungsrunde Einvernehmen herzustellen.

- (8) Das Protokoll und die vor und während der Ausschusssitzung verteilten Unterlagen sind auch den Beiratsmitgliedern, die dem Ausschuss nicht angehören, sowie den VertreterInnen nach § 23 Abs. 4 Beiratsgesetz zuzusenden.
- (9) Es werden folgende Ausschüsse mit je 7 Mitgliedern gebildet:
 - Bildung, Kultur, Integration und Sport
 - Soziales, Jugend, Gesundheit und Inneres
 - Bau und Verkehr
 - Arbeit, Wirtschaft, Häfen, Umwelt und Energie
- (10) Im Übrigen gelten die Bestimmungen der §5 bis §7 dieser Geschäftsordnung auch für die Ausschussarbeit.

§12

Jugendbeirat

- (1) die stärkere Beteiligung Jugendlicher an den ortspolitischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen zählt zu den erklärten Zielen des Beirates. Zu diesem Zweck unterstützt der Beirat die Einrichtung eines Jugendbeirates.
- (2) Die Zusammenarbeit mit dem Jugendbeirat wird in einem eigenen Statut geregelt.

§13

Aufgaben des/der SprecherIn

- (1) Der/die SprecherIn vertritt den Beirat in der Öffentlichkeit, gegenüber Behörden und vor der Deputation (§ 8 Abs. 2 Beiratsgesetz)
- (2) Weitere Aufgaben ergeben sich aus dem Beiratsgesetz und dieser Geschäftsordnung.
- (3) Im Falle der Verhinderung des/der SprecherIn nimmt dessen Aufgaben seine/ihre Stellvertretung wahr.
- (4) Der/die SprecherIn bzw. StellvertreterIn informiert die Fraktionen über die Sitzungen des Gesamtbeirates (§ 32 Ortsgesetz).

Bremen, den 05.07.2011